

Abschiebung droht

Kanton Bern lehnt Härtefallgesuch von Tibetern ab

Der Kanton Bern verweigert mehreren Asylsuchende, die nach eigenen Angaben aus Tibet stammen, eine Aufenthaltsbewilligung. Die Gesuchsteller hätten keine gültigen Beweisdokumente vorgelegt, so der Kanton.

Publiziert heute um 14:23 Uhr
Aktualisiert



Mehrere mutmassliche Tibeter erhielten einen negativen Asylbescheid.

Foto: Keystone/Salvatore Di Nolfi

Der Kanton Bern weigert sich, mehrere Asylsuchende, die nach eigenen Angaben aus Tibet stammen, als Härtefall zu betrachten und ihnen eine Aufenthaltsbewilligung auszustellen. Als Grund gibt das kantonale Amt für Bevölkerungsdienste (ABEV) an, die Gesuchsteller hätten keine gültigen Beweisdokumente vorgelegt.

Die kantonale Sicherheitsdirektion schreibt in einer Mitteilung vom Dienstag, das ABEV behandle solche Gesuche nach den Vorgaben des Staatssekretariats für Migration (SEM). Zu diesen Vorgaben gehöre, dass die Gesuchsteller ihre Identität offenlegen müssten.

Im Asylverfahren habe das SEM die Angaben der Gesuchsteller zu Herkunft und Identität als nicht glaubhaft eingeschätzt. An diese Beurteilung sei der Kanton Bern gebunden, solange die betroffenen Personen nicht den Gegenbeweis erbrächten.

Das Bundesverwaltungsgericht habe bestätigt, dass die Kriterien für eine Härtefallregelung nicht erfüllt seien, wenn Gesuchsteller bei der Beschaffung von Papieren und der Offenlegung ihrer Identität nicht mithelfen. Der Kanton Bern prüfe Härtefallgesuche. Doch müssten sie die Kriterien «volumfänglich erfüllen».

Personen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgewiesen worden ist oder die einen Nichteintretensentscheid erhalten haben, haben keinen Anspruch mehr auf Sozialhilfe. Sie müssen die Schweiz verlassen. Bei Bedarf können sie jedoch Nothilfe verlangen.

Auslöser: Neues Asylgesetz

Ausgelöst wurden die Gesuche um eine Härtefallregelung nach Angaben des Kantons durch die Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingswesens im Kanton Bern. Der bernische Grosse Rat beschloss diese Neustrukturierung im vergangenen Jahr.

Sie verfolgt zwei Hauptziele: Wer bleiben darf, soll besser integriert werden. Wer gehen muss, soll zügig ausgeschafft werden.

In diesem Frühling wird der Kanton Bern damit beginnen, Personen mit rechtskräftigem negativem Asylentscheid in einem Rückkehrzentrum unterzubringen. Sämtliche Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Kanton Bern erhielten dazu ein Informationsschreiben. Dieser Brief hat laut den Behörden zur Eingabe der Härtefallgesuche geführt.

«Irrsinn»

Dagobert Onigkeit von der Organisation «Free Swiss Tibetans» kritisierte am Dienstag auf Anfrage den Entscheid der Berner Behörden. Er sehe darin «den gleichen Irrsinn wie in anderen Kantonen und beim SEM». Gemeint sei, so Onigkeit, dass Papierlose Papiere vorweisen müssten, um ihre Papierlosigkeit zu beweisen.

Die Tibeter seien schlicht nicht in der Lage, Papiere vorzulegen. Denn bei der Flucht aus China müssten sie ihre Identitätsausweise zurücklassen, um – einmal im Ausland – nicht wieder nach China ausgeliefert zu werden.

300 Tibeter sind nach Angaben Onigkeits derzeit in der Schweiz in derselben Situation wie die Gesuchsteller. Für Onigkeit sollte die Schweiz diesen Menschen den Ausweis F für vorläufig aufgenommene Ausländer aushändigen. Er gehe davon aus, dass die Gesuchsteller tatsächlich Tibeter sind und von dort stammten.
(tag/sda)